

# Internationale Freigeistige Rundschau 4/2021

## Europa

### Deutschland

(5530) **Nürtingen.** Die Suche nach neuen Mitgliedern in der esoterisch-naturreligiösen Szene treibt in der evangelischen Kirche kuriose Blüten: Sie stellte eine Pfarrerin an, die auf die Arbeit mit Lamas spezialisiert ist und Pilgerwanderungen mit Lamas durchführt. Auch innerhalb der Protestanten wurden Zweifel laut, ob eine solche Kirche überhaupt noch ernst zu nehmen ist. An Geldknappheit kann die württembergische Landeskirche jedenfalls nicht leiden, kostet die Teilzeitstelle doch monatlich rund 4000 Euro plus die Versorgung der Tiere. (Informationsbrief der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, September 2021)

(5531) **Köln.** Nach einer von *Bild* in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des katholischen Instituts *Insa* wollen 61 Prozent der 22 Millionen deutschen Katholik\*innen, dass der Papst den Kölner Kardinal Woelki sofort abberuft. Sogar 70 Prozent sprachen sich dafür aus, "dass alle 27 deutschen Ortsbischöfe dem Papst ihren Rücktritt anbieten, weil die Kirche insgesamt in der Missbrauchsaffäre versagt" habe. (*Augsburger Allgemeine*, 21.9.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Umfrage wurde noch vor der Entscheidung des Papstes durchgeführt, die beiden Kirchenfürsten Heße (Hamburg) und Woelki (Köln) im Amt zu belassen, obwohl diese selbst gravierende Fehler eingeräumt hatten. Dies muss auch der Papst so gesehen haben, denn sonst hätte er Woelki nicht in eine fünfmonatige Auszeit geschickt. Selbst hochrangige Katholiken äußerten Unverständnis über seine in sich inkonsequente Entscheidung; der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken schrieb treffend: "Es ist völlig unklar, was am Ende einer solchen Auszeit stehen kann und sie ist nicht geeignet, um verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen." (*Heinrichsblatt*, 3.10.21) Einig sind sich alle Beobachter, dass die päpstliche Entscheidung den Exodus aus der Kirche weiter vorantreiben wird.

(5532) **Köln.** Die CDU führte ihr schlechtes Ergebnis bei Konfessionsfreien auch auf die Tatsache zurück, dass Laschets erzkatholischer Büroleiter immer wieder öffentlich erwähnt wurde (vgl. dazu *MIZ* 2/21, S.11). Deutlich wurde dies am Tag nach der Wahl auch in einem Interview des Kölner *Domradio* mit dem Leiter des katholischen Büros in NRW, Domkapitular Antonius Hamers:

DOMRADIO.DE: Im Wahlkampf wird mit harten Bandagen gekämpft. Immer wieder wurden auch Halbwahrheiten über Laschets Berater Nathanael Liminski verbreitet. Er sei ein „erkonservativer Katholik“, war da unter anderem zu hören. Wie haben Sie das empfunden?

Hamers: Mich hat das sehr geärgert. Auch, dass es in der letzten Woche nochmal wieder, ich glaube bei der Talksendung „Markus Lanz“, vom SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans thematisiert worden ist. Ich habe damals schon gesagt, als es zum ersten Mal in dem SPD-Wahlwerbespot thematisiert worden ist, dass ich es nicht gut finde. Mehr noch, ich finde es sehr ärgerlich, wenn mit der religiösen Zugehörigkeit Politik gemacht wird und vor allem wenn wir als Katholiken in eine Ecke gestellt werden oder wenn mit katholischen Klischees gespielt wird, um uns auf diese Weise zu diskreditieren.

Denn zunächst mal sind wir dazu gerufen und gehalten, auch aus unserem Glauben heraus Politik zu machen, so wie andere Leute auch aus ihrer Weltanschauung und ihrer Grundhaltung heraus Politik machen. (*Vatican News*, 27.9.21; *Domradio Köln*, 27.9.21)

Anm. *MIZ-Red.*: Genau hier ist daran zu erinnern, dass in der Vergangenheit in vielen einzelnen Fällen Kirchenvertreter oder CSU-Lokalpolitiker politische Konkurrenten an den Pranger gestellt haben, weil diese konfessionslos waren. Aber da handelte es sich natürlich nicht um "harte Bandagen", sondern um Ausdruck christlicher Nächstenliebe ...

(5533) **Limburg**. Bischof Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hat erneut verdeutlicht, dass sich die katholische Kirche mit der aktuellen Rechtslage bei der Sterbehilfe nicht abfindet. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2020 stelle Suizid als höchsten Ausdruck der Selbstbestimmung dar; damit könne sich die Kirche nicht zufriedengeben. Gleichzeitig lobte der Limburger Bischof den intensiven Austausch mit der Politik über das Thema. Politiker über die Parteigrenzen hinweg seien bestrebt, ein neues Gesetz zur praktischen Umsetzung der Suizidhilfe so streng und eng wie möglich zu fassen.

Während in der evangelischen Kirche eine Minderheit vorschlug, Suizidbeihilfe in kirchlichen Einrichtungen zu erlauben, betonte der Bischof: „Für die katholische Kirche ist das nicht möglich. Wenn der Wunsch eines Menschen nach Suizid beständig bleibt, dann kann er bei uns dafür keine Hilfe finden.“ Vielmehr wolle sich die Kirche „bis zum letzten Punkt mit allen Diensten bemühen, den Weg zurück ins Leben zu weisen“. (*KNA*, 9.10.21; *Vatican News*, 9.10.21)

(5534) **Köln**. Die Kölner Stadtregierung hat ein auf zwei Jahre angelegtes "Pilotprojekt" initiiert, das es einem Muezzin erlaubt, wöchentlich vor dem Freitagsgebet per Lautsprecher folgenden Text in die Öffentlichkeit herauszurufen: „Allah ist der Allergrößte! Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Allah gibt, ich bezeuge, dass Mohammed der Gesandte Allahs ist - auf zum Gebet - auf zum Erfolg!“

Der Vorstoß stieß auf heftige Kritik von verschiedenen Seiten. Laizisten erkennen darin einen klaren Verstoß gegen die Pflicht der Kommune zur weltanschaulichen Neutralität. Der islamkritische Publizist Hamed Abdel-Samad sieht eine verfassungswidrige Bevorzugung einer Minderheit. „Atheisten, Hindus und Veganer dürfen das nicht. Nur die Minderheit der Muslime darf jetzt an 35 Orten in Köln jeden Freitag fünf Minuten ihre Ideologie herausposaunen“. Vergleichbar mit Kirchenglocken sei der Ruf auch für ihn nicht, aber er hält auch Kirchengeläut für „nicht mehr zeitgemäß im aufgeklärten Staat“.

Auch die Leiterin des *Forschungszentrums Globaler Islam* in Frankfurt am Main meinte, der Muezzinruf sei nicht mit dem christlichen Glockenläuten gleichzustellen, denn im Gegensatz zu den nonverbalen Kirchenglocken beinhalte dieser nämlich die klare Botschaft, dass Allah der Größte sei. Außerdem komme eine Genehmigung des Rufes zum Freitagsgebet vor allem Vertretern des politischen Islam zugute, etwa der *Ditib* sowie der „Türkisch-islamischen Union“, die in Köln viele Moscheen betreibe. Der frühere Präsident des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichts, Michael Bertrams, sieht die *Ditib* "als verlängerten politischen Arm des türkischen Präsidenten Erdogan". Er bezeichnete die Genehmigung des Muezzinrufes in einem Interview des *Kölner Stadt-Anzeigers* für Erdogan als „politischen Triumph ersten Ranges“.

Lob für das Projekt kam von muslimischen Einrichtungen. Die *Ditib* bezeichnete das Pilotprojekt als „Ausdruck der Beheimatung der Muslime, die bereits seit Generationen in Deutschland als selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft leben“. Einer Umfrage des Bonner *General-Anzeigers* zufolge lehnen

drei Viertel der Menschen in Deutschland ab, dass der Muezzinruf genauso selbstverständlich zu hören sein sollte wie Kirchenglocken. 64 Prozent wollen dies sogar „auf keinen Fall“. (*Radio Vatikan*, 16.10.21)

(5535) **Berlin**. Der traditionelle ökumenische Gottesdienst vor der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags geriet zu einem nie dagewesenen Fiasko für die Veranstalter. Von den über 1200 neuen und scheidenden Parlamentsmitgliedern sowie rund tausend Bundestags-Mitarbeitern nahmen ganze 150 teil. Die *Katholische Nachrichten Agentur* schrieb wörtlich: "Aus der ersten Reihe der möglichen Ampelkoalition kam kaum einer in die evangelische Marienkirche in Berlin-Mitte." Neben Bundespräsident Steinmeier nahmen sich nur Ex-Kanzlerin Merkel und Alterspräsident Schäuble Zeit für die Anwesenheit. (*KNA*, 26.10.21)

(5536) **Metten/Deggendorf**. Das vom Aussterben bedrohte Kloster Metten wird mit öffentlichen Mitteln zum Hochschulstandort aufgerüstet. Es räumte dem Freistaat Bayern ein Erbbaurecht auf dem Klosterareal ein, wo die Technische Hochschule Deggendorf ihre Gesundheits-Studiengänge mit 1400 Studienplätzen unterbringen will. Dafür verpflichtete sich der Staat, neben den Kosten für die neu zu errichtenden Gebäude auch die gesamten Aufwendungen für die Renovierung und den Umbau des denkmalgeschützten Klosters zu übernehmen. Außerdem zahlt das Land Bayern für die Nutzung der Mensa und der Sportanlagen des ordenseigenen Gymnasiums eine nicht unerhebliche Summe, über deren genaue Höhe bisher nichts bekannt wurde. Das Kultusministerium gab unumwunden zu, das Kloster "in seinem Bemühen um den Erhalt der eigenen Gebäude und damit seiner Identität" zu unterstützen, sprach aber auch von eigenen Vorteilen. Kritiker bemängeln hingegen, der Freistaat mache sich auf Jahrzehnte hinaus von dem Kloster abhängig. (Pressemitteilung des Bayerischen Kultusministeriums, 18.10.21; *Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 31.10.21)

(5537) **München**. Die Grünen haben im bayerischen Landtag erneut den Antrag eingebracht, das Tanzverbot an den "stillen Tagen" aufzuheben. Sie wollen Kultur- und Tanzveranstaltungen mit Sportereignissen gleichstellen. Der *Bund für Geistesfreiheit* Augsburg wies darauf hin, dass die weltanschauliche Diskriminierung weit stärker ins Gewicht falle als die kulturpolitische und sprach von einer "Verletzung der Religionsfreiheit, zu der ja auch die Freiheit gehört ein nichtreligiöses Leben zu führen". Da nur fünf von acht Bayern Kirchenmitglied seien und davon selbst nach kirchlichen Angaben mehr als ein Drittel gar nicht christlich eingestellt sei, "will hier eine religiöse Minderheit einer andersdenkenden Mehrheit vorschreiben, wie diese einen Teil ihrer Freizeit (nicht) verbringen darf. Das ist untragbar." (*dpa*, 28.10.21; Pressemitteilung des *bfg* Augsburg, 2.11.21)

Bei der Abstimmung fand der Antrag nur die Zustimmung von Grünen und FDP, deren Fraktionsvorsitzender argumentierte, es sei nicht Aufgabe des Staates, den Menschen vorzuschreiben, wie sie die Tage verbringen sollen - solange niemand anderes gestört werde. Die SPD sprach sich gemeinsam mit AfD, CSU und Freien Wählern gegen den Antrag aus. (*Augsburger Allgemeine*, 12.11.21)

(5538) **München**. Das mit Spannung erwartete Gutachten zum Umgang von Verantwortungsträgern mit Fällen sexueller Gewalt im Erzbistum München und Freising, das schon Mitte 2021 fertig sein sollte, wird nun in der dritten Kalenderwoche 2022 vorgestellt. Die Verzögerung, teilte die Kanzlei WestpfahlSpilkerWastl (WSW) mit, beruhe darauf, "dass wir in der jüngeren Vergangenheit neue Erkenntnisse gewonnen haben, die kurzfristig einer intensiven Überprüfung unterzogen werden müssen". In den Untersuchungszeitraum von 1949

bis 2019 fällt auch die Amtszeit von Kardinal Ratzinger (1977-1982), in der ein des sexuellen Missbrauchs verdächtigter Priester von Essen nach München versetzt wurde, dem dort weitere Missbrauchstaten vorgeworfen wurden. (*Süddeutsche Zeitung*, 4.11.21)

(5539) **Passau**. Der ansonsten eher konservative Bischof Oster hält die Bekämpfung des "geistlichen Missbrauchs" für vordringlich in der katholischen Kirche. Dabei handle es sich um „ein diffuses Feld, das uns einholen wird“, so Oster. (*KNA*, 13.11.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Die *Katholische Nachrichten Agentur* definierte dieses Phänomen so: "Bei geistlichem Missbrauch nutzen Seelsorger gezielt den Glauben ihrer Opfer, um diese zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren, etwa indem sie sich auf 'Gottes Willen' berufen. Oft tritt geistlicher Missbrauch auch in Kombination mit anderen Formen des Missbrauchs auf, etwa dem sexuellen, was bei den Opfern für zusätzliches Leiden sorgt."

Was Kleriker und Theologen dabei allerdings übersehen: Selbst wenn wir - rein hypothetisch - von der Existenz eines nicht nachweisbaren übernatürlichen Phänomens ausgehen, das angeblich das gesamte Universum geschaffen habe, dann wären sämtliche Menschen einschließlich der Religionsführer viel zu winzige Mikroben, um ein solches göttliches Phänomen zu begreifen oder gar in der Lage zu sein, irgendeinen nachweisbaren Kontakt z.B. durch Gebete herzustellen. Daher ist jedes Phantasieren von Religionsgemeinschaften über den angeblichen Willen "Gottes" als geistlicher Missbrauch anzusehen - sei es als unbeabsichtigte Form der übertragbaren Selbsttäuschung oder sei es als Form der gezielten Manipulierung anderer.

(5540) **Augsburg**. Erhebungen in den Standesämtern diverser südbayerischer Groß- und Kleinstädte ergaben übereinstimmend, dass die Kirchengaustrittszahlen bereits Mitte November 2021 das Rekordniveau von 2019 übertroffen haben. Daher erscheint es sogar möglich, dass die beiden Großkirchen in Deutschland erstmals binnen eines Jahres insgesamt mehr als eine Million Mitglieder verlieren. Seit 2017 (663.000) ist dieser Gesamtverlust jedes Jahr gestiegen: 2018 waren es 704.000, 2019 schon 829.000 und 2020 schließlich 884.000. Mit Spannung wird nun erwartet, ob die beiden Kirchen bereits Ende 2021 weniger als die Hälfte der Einwohner Deutschlands in ihren Reihen haben oder ob dies erst bis Februar 2022 der Fall sein wird. Erfahrungsgemäß geben die Kirchen ihre statistischen Eckdaten Mitte des Folgejahres bekannt. (Eigenmeldung der *MIZ*)

## *Frankreich*

(5541) **Paris**. Religiöser Glaube und konfessionelle Bindung verlieren auch in Frankreich zusehends an Bedeutung. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *IFOP* leben 51 Prozent der Französinen und Franzosen ohne jeden Gottesglauben, gleich welcher Religion oder Konfession. Befragt wurden im August 1018 repräsentativ ausgewählte Erwachsene.

Der Glaubensschwund vollzieht sich offenbar langsam, aber stetig. 1947 hatten sich noch 66 Prozent als gläubig bezeichnet, 2004 war die Quote bereits auf 56 Prozent gesunken, 2021 fiel sie unter die Hälfte. (*Humanistischer Pressedienst*, 4.10.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Da in Frankreich Staat und Kirche strikt getrennt sind, gibt es keine offiziellen Angaben zur Mitgliederzahl der Religionen. Laut Umfragen der letzten Jahre bezeichnet sich rund ein Viertel der 67 Millionen Einwohner als katholisch und ein weiteres Viertel als katholisch getauft, aber den Glauben nicht oder kaum

praktizierend. Ein Drittel der Einwohner gilt als überzeugt konfessionslos, neun Prozent als muslimisch, drei als evangelisch und ein Prozent als jüdisch.

(5542) **Paris.** Eine selbst für katholische Verhältnisse unfassbare Zahl von rund 216.000 minderjährigen (und zu vier Fünfteln männlichen) Missbrauchsopfern hat eine unabhängige Kommission ermittelt, die seit Februar 2019 den kirchlichen Umgang mit Missbrauchsfällen in Frankreich untersucht. Dabei sind hier nur die sexuellen Übergriffe durch Priester oder Ordensleute seit den fünfziger Jahren erfasst. Die Zahl wächst auf etwa 330.000 Opfer, wenn man in den Kreis der Täter auch kirchliche Angestellte einbezieht.

Auf 2.900 bis 3.200 Täter im Priester- oder Ordensgewand im Lauf der letzten 70 Jahre kommt der Bericht, den der Vorsitzende der Untersuchungskommission, der frühere Richter Jean-Marc Sauvé, bei einer Pressekonferenz an Kirchenverantwortliche übergab. Auch die Bischöfe und Ordensoberen räumten ein, dass die 2.500 Seiten der Kirche Frankreichs ein verheerendes Zeugnis ausstellen. Zwar konnte die genaue Zahl von Opfern und Tätern noch gar nicht festgestellt werden, doch bescheinigte selbst der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Éric De Moulins-Beaufort, den Prüfern, sie hätten „formidable Arbeit geleistet“. Die Kommission hatte sich durch die Archive von Bistümern und Staatsanwaltschaften gearbeitet sowie mit Hunderten von Opfern gesprochen – in etwa 26.000 Stunden ehrenamtlichen Einsatzes.

„Die Kirche sollte den Opfern gegenüber ihre Verantwortung für das, was geschehen ist, anerkennen“, forderte Sauvé. „In einer Reihe von Fällen haben Verantwortliche der Kirche Verbrechen nicht angezeigt, ja sogar Kinder Risiken ausgesetzt, indem sie wider besseres Wissen den Kontakt von Tätern zu Kindern nicht unterbunden haben. Vor allem aber gab es ein Ensemble der Nachlässigkeit, des Schweigens, eine Absicherung der Institution – und das hatte systemischen Charakter.“ Bis in die 2000er-Jahre habe die Kirche eine „tiefe, grausame Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern“ gezeigt. Erst seit 2015 ändere sich ihre Einstellung langsam.

Die Kirchenfürsten zeigten sich betroffen und zerknirscht, legten sich aber in der Frage einer finanziellen Entschädigung nicht fest. Beobachter erwarten, dass die katholische Kirche nur die Summe zahlt, die die Strafjustiz nun in einzelnen Verfahren festlegt. Die meisten Fälle aber sind verjährt.

Sauvé gab auch 45 konkrete Empfehlungen ab. Eine Änderung des Kirchenrechts sei dringend geboten. Außerdem dürften (innerkirchliche) kanonische Prozesse gegen Täter nicht unter völligem Ausschluss der Opfer über die Bühne gehen. „Die Opfer sind die großen Abwesenden bei diesen Prozessen. Es kann doch nicht sein, dass Opfer durch ihre Anzeige einen kanonischen Prozess auslösen, aber erst Jahre später erfahren, dass der Prozess vorüber ist und dass der Täter – auch das hat es gegeben – nur zu einer Wallfahrt verurteilt worden ist.“

Auch mit dem Beichtgeheimnis hat sich die Kommission beschäftigt und lange darüber diskutiert. Ergebnis: Das Beichtgeheimnis dürfe kein Hindernis dafür sein, dass schwere sexuelle Handlungen gegenüber Minderjährigen oder verletzlichen Personen zur Anzeige gebracht werden. „Uns ist klar, dass das ein sehr sensibler Punkt ist. Aber aus Verantwortung trifft die Kommission diese Empfehlung, und auch ich persönlich stehe dahinter.“ Ein Vertreter von Missbrauchsopfern kam in einer kurzen Stellungnahme, an die anwesenden Kirchenleute gewandt, zu dem einprägsamen Fazit: „Meine Herren, Sie sind eine Schande für die Menschheit“.

(*Vatican News*, 5.10.21; *Tagesschau*, 5.10.21; *Augsburger Allgemeine*, 6. u. 7.10.21)

*Griechenland*

(5543) **Kythera.** Auch nach dem dramatischen Anstieg der Corona-Infektionen bleibt ein Teil des griechischen Klerus unbelehrbar. Noch zu Jahresbeginn hatten sich sämtliche orthodoxe Bischöfe geweigert, die staatlichen Schutzvorschriften zu beachten, indem sie ihre Gottesdienste samt dem gemeinsamen rituellen Küssen von geweihten Zweigen beibehielten und damit besonders effektiv für die Verbreitung des Virus sorgten. (*NDR-Info*, 6.1.21)

Inzwischen hat die Mehrheit der *Ständigen Heiligen Synode der Orthodoxen Kirche* Griechenlands jedoch unter dem Druck der Öffentlichkeit "hinzugelernt" und nun sogar gegen zwei besonders renitente Bischöfe Untersuchungen eingeleitet, weil diese massiv gegen Corona-Schutzvorschriften verstoßen haben. Metropolit Kosmas von Ätolien sprach sich mehrmals gegen das Tragen von Masken in der Kirche aus, da Gott niemals zulassen würde, dass man sich in einem Gotteshaus anstecke. Metropolit Seraphim von Kythera rief die Bevölkerung dazu auf, sich nicht impfen zu lassen. Die Impfstoffe „ein Produkt von Abtreibungen“, außerdem solle damit die Menschheit manipuliert werden, so der Bischof in Anlehnung an diverse Verschwörungstheorien. Einige Äußerungen brachten dem Metropoliten von Kythera schon im März 2020 eine Strafverfolgung durch die staatliche Justiz ein. Damals wurde er sogar kurzfristig inhaftiert, weil er den strengen Lockdown-Anordnungen der Behörden nicht Folge leistete, eine Kirche offenhielt und einen öffentlichen Gottesdienst feierte.

Da ein Teil der Öffentlichkeit über die geistlichen Eskapaden ungehalten reagierte und die *Heilige Synode* einen Ansehensverlust befürchtet, droht den beiden Extremisten nun sogar ein innerkirchliches Verfahren. (*Orthodox Times*, 27.8.21)

### *Großbritannien*

(5544) **London.** Die katholischen Bischöfe von England und Wales starteten eine neuntägige Gebetsoffensive, damit ein Gesetzesentwurf zur Lockerung des Verbots der aktiven Sterbehilfe abgelehnt wird. Dem britischen Oberhaus wurde nämlich ein Gesetzesvorschlag zur Beratung vorgelegt, der es erlauben soll, dass schwerkranke, willensfähige Erwachsene mit einer prognostizierten Restlebenszeit von höchstens sechs Monaten unter der Zustimmung von zwei Ärzten sowie einem Richter aktive Sterbehilfe in Anspruch nehmen.

Obwohl es gläubigen Christen freisteht auf eine solche Option zu verzichten und sie folglich davon gar nicht betroffen sind, rufen die Bischöfe "die Katholiken und alle, die unsere Ansicht teilen, dass Sterbehilfe falsch ist, dazu auf, mit Ausdauer dafür zu beten, dass dieser Gesetzesentwurf abgelehnt wird."

Zwar hat der von Baronin Meacher ins Oberhaus eingebrachte Gesetzesentwurf nur geringe Chancen auf baldige Realisierung, doch löste der katholische Klerus allgemeines Befremden aus mit seiner Absicht, Andersdenkenden zu verbieten, ihre Lebensauffassung zu verwirklichen. (*Vatican News*, 13.10.21)

### *Italien*

(5545) **Rom.** Nach monatelangen Debatten ist das Anti-Homophobiegesetz, das im Parlament schon Ende 2020 angenommen wurde, bei der Abstimmung im italienischen Senat gescheitert. Vor allem die rechtsgerichtete Partei *Lega Nord* und die neofaschistischen *Fratelli d'Italia* lehnten es ab, mitverantwortlich war aber auch die katholische Kirche Italiens, die sich wegen angeblicher „Auslegungsprobleme“ gegen das Gesetz positioniert hatte.

Geplant war, diskriminierende Handlungen und Aufrufe zur Gewalt gegen Homosexuelle, Lesben, Trans- und Bisexuelle sowie Menschen mit Behinderung zu

ahnden. Homophobie wäre im italienischen Strafgesetzbuch Rassismus gleichgestellt worden, bei Verstößen hätten Freiheitsstrafen gedroht. Enrico Letta, Vorsitzender des sozialdemokratischen *Partito Democratico*, zeigte sich nach dem Abstimmungsergebnis enttäuscht: „Italien hat sich auf eine Linie mit Polen und Ungarn gestellt“. Außenminister Luigi di Maio von der Fünf-Sterne-Bewegung nannte das Ergebnis eine „Schande“ und beklagte, Homosexuelle würden in Italien nach wie vor diskriminiert. Ex-Innenminister Matteo Salvini (Lega) begrüßte hingegen das Ergebnis. Für die größte Empörung hatte gesorgt, dass sich der Vatikan mit einer Verbalnote an die italienische Botschaft beim Heiligen Stuhl direkt in einen inneritalienischen Konflikt eingemischt und das Gesetz kritisiert hatte. Über ein entsprechendes Vorhaben kann nun erst frühestens in einem halben Jahr wieder beraten werden. (*kathpress*, 28.10.21)

## Österreich

(5546) **Wien.** Die österreichische Regierung hat sich auf eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe geeinigt. Wer Beihilfe zum Suizid in Anspruch nehmen will, kann ab 2022 eine Sterbeverfügung erstellen – also eine schriftliche Erklärung ähnlich der Patientenverfügung. Der Zugang ist auf dauerhaft schwerkranke oder unheilbar kranke erwachsene Personen beschränkt. In Apotheken wird - anders als bisher in Deutschland - ein den Tod herbeiführendes Präparat erhältlich sein. Die "Tötung auf Verlangen wird in dem Entwurf nicht ausdrücklich ausgeschlossen, begleitend kommt aber ein Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung. Der in der österreichischen Bischofskonferenz für Lebensschutzfragen zuständige Innsbrucker Bischof Glettler sagte, die katholische Kirche werde sich (wie andere Religionsgemeinschaften auch) weiterhin für jede Form von „Assistenz zum Leben“ einsetzen, und „am klaren Nein zu jeder Form der Beihilfe zur Selbsttötung festhalten - trotz der gesetzlichen Straffreistellung.“ Zu begrüßen sei, dass die Beihilfe zum Suizid nicht als ärztliche Leistung eingestuft werde. Im Dezember 2020 hatte der österreichische Verfassungsgerichtshof verkündet, dass das Verbot jeglicher Art der Hilfe zur Selbsttötung verfassungswidrig ist. Das Parlament wurde beauftragt bis Ende 2021 eine Neuregelung zu schaffen. Andernfalls ist ab 1.1.2022 jede Form der Beihilfe zum Suizid straffrei. (*kathpress*, 23.10.21)

## Polen

(5547) **Warschau.** Selbst in Polen setzen sich klerikale Kräfte nicht immer vor Gericht durch. Adam Darski, Sänger und Gründungsmitglied der polnischen Metalband *Behemoth*, war wegen Blasphemie verklagt und im Februar 2021 wegen Blasphemie zu einer Geldstrafe von umgerechnet ca. 3300 € verurteilt worden, weil er 2019 auf einem Bild der Jungfrau Maria gestanden hatte. Nun wurde er in der Berufungsverhandlung freigesprochen, was seine Anhänger als Sieg der Meinungsfreiheit über Artikel 196 des polnischen Strafgesetzbuchs feiern, der Geld- und Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren für die Verletzung religiöser Gefühle vorsieht. Darski tritt seit vielen Jahren für die Trennung von Staat und Kirche ein und äußert sich provokativ zum Machtanspruch des katholischen Klerus. Seine Songs und Videos enthalten viele ironisch-christliche Anspielungen und tragen Bezeichnungen wie *In Absentia Dei* (In Abwesenheit Gottes) oder *Ora Pro Nobis Lucifer* (Bete für uns, Luzifer). Daher klagten immer wieder katholische Organisationen oder einzelne Fundamentalisten wegen angeblich verletzter religiöser Gefühle - fast immer vergeblich. (*Humanistischer Pressedienst*, 14.10.21)

(5548) **Pszczyna**. Nach dem Tod einer Schwangeren haben mehrere zehntausend in zahlreichen Städten des Landes gegen das fast vollständige Verbot von Abtreibungen protestiert. Im südpolnischen Krakau versammelten sie sich auf dem Hauptplatz und zogen zur Residenz des Erzbischofs und einem Büro der nationalkonservativen Regierungspartei PiS. Auch Oppositionsparteien machen das restriktive Abtreibungsgesetz für den Tod einer Frau Ende September in der 22. Schwangerschaftswoche in einer Klinik der südpolnischen Kreisstadt Pszczyna mitverantwortlich.

Nach Angaben der Anwältin der Familie hatten die Krankenhausärzte nicht gewagt, das Leben der Frau durch einen Schwangerschaftsabbruch zu retten. Die Frau soll an einem septischen Schock gestorben sein. Bei dem ungeborenen Kind waren zuvor Fehlbildungen diagnostiziert worden.

Das Verfassungsgericht in Polen hatte im Oktober 2020 das Abtreibungsverbot verschärft. Seither ist Abtreibung in Polen generell verboten und nur dann - bis zur 12. Schwangerschaftswoche - straffrei, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist. (KNA, 8.11.21)

### *Russland*

(5549) **Moskau**. Putin setzt immer stärker auf eine engstmögliche Verbindung des russischen Staates (und seiner persönlichen Macht) mit der russisch-orthodoxen Kirche. Nun verlieh er deren Oberhaupt, Patriarch Kyrill I., anlässlich dessen 75. Geburtstag die höchste staatliche Auszeichnung Russlands, den Orden des heiligen Apostels Andreas.

In kurzen Ansprachen würdigten sie sich bei der Zeremonie gegenseitig überschwänglich. Der Patriarch kümmere sich mit ganzem Herzen um „das Wichtigste: unseren Glauben, unsere spirituellen Grundlagen, unsere Grundwerte“, sagte Putin nach Angaben des Kreml. „Sie haben für sich den Weg des spirituellen und moralischen Dienstes gewählt, und Sie gehen ihn mit Würde, Weisheit und einem tiefen Verständnis der Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes, für das Schicksal Russlands.“ Dass die Stimme der Kirche heute wieder an Bedeutung gewonnen habe, sei größtenteils das Ergebnis der persönlichen und unermüdlichen Arbeit Kyrills I.

Das Kirchenoberhaupt dankte Putin für dessen „Aufmerksamkeit für das spirituelle Leben der Menschen, für Ihr Verhältnis zwischen Politik und Moral“ sowie dafür, dass er Russland nicht nur auf dem Gesetz, sondern auch auf Wahrheit aufbaue. Er fügte hinzu: „Wir sind frei, wir sind unabhängig, wir haben unsere Kultur bewahrt, wir haben unseren Glauben bewahrt.“ (kathpress, 20.11.21)

### *San Marino*

(5550) **San Marino Città**. Die älteste Republik der Welt hebt das strikte Abtreibungsverbot auf, das keinerlei Ausnahmen vorsah, nicht einmal bei Vergewaltigungen. In einer historischen Volksabstimmung votierten 77,3 Prozent für eine Streichung der Strafgesetzbuch-Artikel 153 und 154 aus dem Jahr 1865. Demnach wurden Schwangerschaftsabbrüche bisher mit drei bis sechs Jahren Haft bestraft.

Die Debatte wurde mit drastischen Mitteln geführt. Die Abtreibungsgegner, unterstützt von der katholischen Kirche, plakatierten in den Straßen Bilder blutender Föten mit dem Slogan "Mit zwölf Wochen bin ich schon ein Kind. Rette mich, stimme mit Nein!" Die Plakate der Befürwortenden, angeführt von der *Unione Donne Sammarinesi*, wurden abgerissen oder mit Kommentaren wie "Mörderinnen" oder "Terroristinnen" übermalt. Am Abstimmungssonntag läuteten die Glocken



stundenlang, um die Gläubigen noch einmal zu ermahnen. Daher wurde ein knappes Ergebnis erwartet. Dass es so deutlich ausfiel, wird mit der Teilnahme ungemein vieler junger Menschen und der im italienischen Ausland lebenden Sammarinesi erklärt. (*Süddeutsche Zeitung*, 28.9.21)

## Schweiz

(5551) **Bern.** 64,1 Prozent der Schweizer Wahlberechtigten haben für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches gestimmt. Mit der "Ehe für alle" steht somit künftig allen Paaren unabhängig vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung die zivile Ehe offen. Zudem wird homosexuellen Paaren die gemeinsame Adoption von Kindern ermöglicht, und verheiratete Frauenpaare erhalten Zugang zur Samenspende.

Die Änderung fand in allen 26 Kantonen eine Mehrheit. Am deutlichsten war die Zustimmung im überwiegend konfessionsfreien Kanton Basel-Stadt mit 74 Prozent. Am knappsten wurde es im katholisch-geprägten Appenzell-Innerrhoden mit 50,8 Prozent Ja-Stimmen.

Die katholischen Bischöfe in der Schweiz lehnten die Einführung der „Ehe für alle“ ab, doch widersprachen dem zahlreiche bekannte Schweizer Katholiken und katholische Organisationen, so etwa der Schweizerische Katholische Frauenbund. Beifall für das Ergebnis der Abstimmung kam von Europarats-Menschenrechtskommissarin Dunja Mijatovic. Eine Mehrheit von 30 europäischen Staaten erkenne inzwischen in Übereinstimmung mit dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof homosexuelle Paare an. Die Kommissarin rief die übrigen 17 Europarats-Mitgliedstaaten auf, „ihre Rechtsvorschriften anzupassen und allen Paaren unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung denselben gesetzlichen Schutz zu gewähren“. (*KNA*, 26.9.21; *kath.ch*, 27.9.21)

## Ungarn

(5552) **Budapest.** Am Eucharistischen Weltkongress, der alle vier Jahre an wechselnden Orten stattfindet und als größte Massenveranstaltung der katholischen Kirche gilt, nahm neben dem Papst auch der ungarische Ministerpräsident Orban teil, der auf die besonders konservativen und demokratieskeptischen Katholiken seines Landes zählt. Beim und nach dem persönlichen Treffen der beiden Staatsmänner ging es u.a. um den wachsenden Antisemitismus, der in Ungarn maßgeblich von Christen getragen wird, von dem sich aber der Papst vorsichtig distanzierte. Zwei Drittel der knapp zehn Millionen Einwohner sind katholisch getauft, weitere 300.000 Mitglieder der griechisch-katholischen Kirche erkennen den Papst als Oberhaupt an. (*Süddeutsche Zeitung*, 13.9.21)

## Vatikan

(5553) **Vatikanstadt.** Aus der Jahresstatistik des vatikanischen Informationsdienstes *Fides* geht hervor, dass die Zahl der Katholiken in 2019 europaweit um 292.000 gesunken sein soll. Allerdings sind nach Auffassung des Vatikan alle katholisch Getauften lebenslang Katholiken, auch die Ausgetretenen, die als "abtrünnige Katholiken" gelten. Daher ist der reale Rückgang weit höher; allein in Deutschland liegt er bei 402.000. Viel aussagekräftiger ist daher das Minus bei den Priestern. Trotz der Importe aus Indien und Afrika ging deren Zahl um 2608 (=1,5%) zurück. (*Vatican News*, 21.10.21)

(5554) **Rom.** Der Präsident der Päpstlichen Kinderschutzkommission, Kardinal O'Malley, sieht innerhalb der katholischen Kirche noch lange kein Ende der Missbrauchskrise, „die sich weltweit in der Kirche weiter ausweitet“. Er forderte leicht zugängliche und transparente Verfahren, um Fälle sexualisierter Gewalt zu melden - auch online. Weiter mahnte der Bostoner Kardinal bewährte Maßnahmen zum Kinderschutz sowie Kontrollen ihrer Umsetzung an. Vor allem müssten Opfer sexualisierter Gewalt gehört werden müssen: „Tragischerweise haben wir zu oft Überlebende nicht gehört, wenn sie über kriminelle Handlungen und Sünden sowie erfahrene Gewalt berichteten, die sie erleben mussten“. Noch so strikte Regeln und gute Programme reichten nicht, wenn es keine unabhängigen Kontrollen der Umsetzung gebe. Transparenz und verantwortungsvolle Kommunikation seien elementar. „In einigen Ländern herrscht die Annahme, dass Kinder in (kirchlichen) Gemeinde-Einrichtungen oder bei Freizeitaktivitäten nicht gefährdet seien. Dies kann ein falsches Sicherheitsgefühl schaffen, das Kinder und Jugendliche dem Risiko sexualisierter Gewalt aussetzt.“ Innerhalb der Kirche gebe es nur extrem wenige, „wenn nicht sogar gar keine Bereiche“, in denen es keinen Missbrauch gegeben habe, so Kardinal O'Malley. (*Vatican News*, 4.11.21)

## **Nordamerika**

### *Vereinigte Staaten*

(5555) **Austin.** Ein US-Bundesrichter hat das umstrittene texanische Abtreibungsgesetz vorübergehend ausgesetzt. Es müssten zunächst andere Gerichte ihre Entscheidung zu dem Gesetz treffen. Die US-Regierung hatte zuvor Klage gegen das neue und landesweit strikteste Abtreibungsgesetz in Texas eingereicht. Dieses verbietet alle Abtreibungen ab der sechsten Schwangerschaftswoche, auch nach Vergewaltigung und Inzest. Ausnahmen sind nur für "medizinische Notfälle" vorgesehen. Justizminister Garland hält das Gesetz für verfassungswidrig, da es Frauen an der Ausübung ihrer Rechte hindere. Zudem habe es hohes Schadenpotenzial, da es beliebigen Privatpersonen und Organisationen erlaube, Menschen wegen Beihilfe zur Abtreibung zu verklagen. Im Erfolgsfall sollen Kläger Anspruch auf mindestens 10.000 Dollar haben. Garland kritisiert, auf diese Art würden Privatpersonen zu „Kopfgeldjägern“ gemacht. Ein Bundesrichter solle das Gesetz für ungültig erklären und die Durchsetzung verbieten. Der Erzbischof von Washington, Kardinal Gregory, kritisierte hingegen den US-Präsidenten Biden für seine Haltung in der Abtreibungsfrage, weil er in dieser Frage „nicht die katholische Lehre“ vertrete. Der Kardinal bezog sich dabei auf Bidens Reaktion nach dem Urteil des Obersten US-Gerichts, in dem die Richter mit 5:4-Mehrheit davon absahen, das Abtreibungsgesetz von Texas noch vor seinem Inkrafttreten zu stoppen. Der Präsident sieht darin einen Angriff auf das Grundsatzurteil „Roe gegen Wade“ von 1973, das Schwangerschaftsabbrüche zur Privatsache erklärt hatte. Er respektiere diejenigen, „die glauben, dass das Leben im Moment der Empfängnis beginnt“, stimme dem aber nicht zu und bleibe ein „starker Befürworter“ des Grundsatzurteils, erklärte Biden. (*kathpress/KNA*, 7.10.21; *Süddeutsche Zeitung*, 8.10.21)

## **Lateinamerika**

### *Chile*

(5556) **Santiago.** Nach diversen lateinamerikanischen Staaten hat nun auch Chiles Abgeordnetenkammer den Weg zu einer Liberalisierung der Abtreibung eingeschlagen. Schwangerschaftsabbrüche sollen bis zur 14. Woche straffrei werden.

Die erste Abstimmung fiel mit 75 zu 68 Stimmen bei zwei Enthaltungen allerdings knapp aus. Nach vierstündiger Debatte entschied das Parlament, das Vorhaben der Kommission für Frauen und Geschlechtergleichheit zu übertragen, die nun weiter über das praktische Vorgehen befinden muss. Entscheidend wird die spätere Abstimmung im konservativ geprägten Senat werden.

Es habe keinen Sinn, Frauen zu kriminalisieren, die sich aus verschiedenen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, sagte die nichtreligiöse Abgeordnete Karol Cariola. Die Kriminalisierung zwingt die Frauen zu illegalem Handeln; es sei nicht hinnehmbar, dass Frauen experimentieren müssten.

Bis vor wenigen Jahren gab es in Chile noch ein striktes Abtreibungsverbot. Vor vier Jahren setzte die Regierung der damaligen Präsidentin und heutigen UNO-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet eine Gesetzesänderung durch, die Abtreibungen nach einer Vergewaltigung, bei Lebensgefahr für die Mutter oder tödlichen Erkrankungen des Fötus erlaubte. (KNA, 29.9.21)

### *El Salvador*

(5557) **San Salvador.** Mit 73 zu 84 Stimmen haben die Abgeordneten in El Salvador einen von Frauenrechtsorganisationen eingebrachten Antrag zur Reform des Paragraphen 133 des Strafgesetzbuches und somit die Entkriminalisierung von Abtreibung abgelehnt. Erst im Juni hatte eine extreme Folge des strikten Abtreibungsverbotes für weltweite Empörung gesorgt. Eine junge Frau, deren Schwangerschaft durch einen Sturz endete, war nach fast zehn Jahren Haft freigelassen worden. Sie war wegen vermuteter Abtreibung zu 30 Jahren Haft verurteilt und nach knapp zehn Jahren Gefangenschaft freigelassen worden. (*Humanistischer Pressedienst*, 29.10.21)

Die Antragstellerinnen waren durch die Liberalisierung in diversen Nachbarländern zu ihrem Schritt ermutigt worden. Laut einer Analyse der *Washington Post* wurden in den 53 Ländern, die seit 1994 ihre Abtreibungsgesetze bedeutend veränderten, diese nur in drei Staaten restriktiver: Nicaragua, Polen und El Salvador. (*Washington Post*, 22.10.21)

## **Afrika**

### *Nigeria*

(5558) **Kano.** Der muslimische Kleriker Abduljabbar Nasuru Kabara wurde wegen angeblicher Blasphemie im nordnigerianischen Kano vor ein Scharia-Gericht gestellt, das sogar die Todesstrafe aussprechen kann. Im Juli hatte es eine Diskussion zwischen Kabara und anderen religiösen Gelehrten gegeben, bei der einzelne Aussagen Kabaras als blasphemisch ausgelegt wurden.

Besonders im nördlichen Bundesstaat Kano finden immer wieder Prozesse mit fragwürdigen Blasphemie-Vorwürfen statt. So wurde 2020 sogar ein 13-Jähriger der Gotteslästerung bezichtigt. Auch der Präsident der nigerianischen *Humanistischen Vereinigung*, Mubarak Bala, wurde dort vor Gericht gestellt. (*Humanistischer Pressedienst*, 11.11.21)

## Asien

### *Irak*

(5559) **Bagdad.** Nach dem offiziellen Sieg des schiitischen, aber auf Distanz zum Iran gehenden Klerikers Muktada al-Sadr bei den Parlamentswahlen bahnt sich ein Konflikt mit der vom Iran unterstützten Fatah-Koalition an, die deutlich verloren hat. Neben der sunnitischen Minderheit gewannen auch religiös unabhängige Reformparteien einige Sitze, doch schätzen Beobachter die Chancen für eine säkulare demokratische Struktur nach wie vor als gering ein. (*Süddeutsche Zeitung*, 13.10.21)

### *Israel*

(5560) **Jerusalem.** Für Empörung bei säkularen Juden sorgte die Supermarktkette *Shufersal*, die über eine kaum bekannte Neben-Website viele koschere Lebensmittel deutlich billiger anbot als über die offizielle - aber damit ausschließlich die streng religiöse Zielgruppe ansprach. Der Grund: Die Ultra-Orthodoxen machten noch 1980 nur vier Prozent der Gesamtbevölkerung aus, heute aber zwölf und werden wegen ihrer hohen Geburtenrate weiter wachsen.

Wütende Stammkunden forderten eine Rückzahlung, Verbraucherschützer rieten zum Boykott von *Shufersal*. Säkulare Politiker und Anwälte reichten Klage ein wegen Diskriminierung der weniger frommen Kundschaft, die sich ohnehin schon benachteiligt sieht wegen der Befreiung der "Gottesfürchtigen" vom Wehrdienst und wegen der staatlichen Subventionierung des Thora-Studiums.

Nach wenigen Tagen knickte die Unternehmensleitung ein und schloss die Website für die Ultraorthodoxen. Ruhe kehrte dennoch nicht ein; schließlich wissen nun alle, dass man die Waren auch viel billiger verkaufen könnte. (*Süddeutsche Zeitung*, 9.11.21)

### *Pakistan*

(5561) **Lahore.** Menschenrechtsorganisationen in Pakistan berichten von einem Rekordanstieg bei Zwangskonversionen, von denen vor allem junge Christinnen oder Hinduistinnen betroffen sind. Demnach seien bis Mitte Oktober dieses Jahres 36 minderjährige, nicht-muslimische Mädchen entführt und zum Islam konvertiert worden. Das entspreche fast einer Verdopplung gegenüber 2020, teilten das „Zentrum für soziale Gerechtigkeit“ (CSJ) und die „Volkskommission für die Rechte von Minderheiten“ (PCMR) in Lahore mit. Vor allem in der Stadt Faisalabad in der Provinz Punjab liege ein Schwerpunkt der Entführungen.

Zwar richtete Premierminister Imran Khan 2019 einen parlamentarischen Ausschuss zum Schutz von Minderheiten vor Zwangsbekehrung ein, eben dieses Gremium lehnte jedoch jüngst einen Gesetzesentwurf gegen Zwangskonversionen ab. 94 Prozent der Einwohner sind sunnitische Muslime. (*Vatican News*, 19.10.21)

(5562) **Islamabad.** Die verbotene, fanatisch-islamische Partei *Tehreek-e-Labiak (TLP)* sucht die Kraftprobe mit der Regierung. Mit einem Marsch von Hunderttausenden von Anhängern auf die Hauptstadt Islamabad will sie die Freilassung ihres inhaftierten Vorsitzenden Saad Rizvi erzwingen. Zwar kam die *TLP* bei Parlamentswahlen bisher nie auf nennenswerte Stimmenanteile, aber die Mobilisierungsbereitschaft ihrer Anhänger ist ungemein groß. Programmatisch versteht sich die Partei als Schutzmacht muslimischer Werte und verteidigt vehement das international kritisierte Blasphemiegesetz. (*Süddeutsche Zeitung*, 25.10.21)

Nachtrag: Gut einen Monat später knickte die Regierung völlig ein und hob das Verbot der zuvor als terroristisch eingestuften Partei auf. Diese versprach im Gegenzug, auf gewalttätige Aktionen (vorerst) zu verzichten. Gleichzeitig wurde im Parlament ein Antrag der zuvor verbotenen Partei zugelassen. Eine Entschärfung des hier besonders extremen Blasphemieparagraphen ist damit für längere Zeit ausgeschlossen. (*Humanistischer Pressedienst*, 29.11.21)

## Ozeanien

### *Australien*

(5563) **Brisbane.** Nachdem in den drei Bundesstaaten Victoria, Westaustralien und Südaustralien die Möglichkeit zur Suizidbeihilfe für Todkranke bereits Gesetz ist, stehen nun auch in Queensland, New South Wales sowie in Tasmanien entsprechende Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung des Parlaments. In Queensland hat eine unabhängige Reformkommission im Auftrag der Labour-Regierung bereits einen Gesetzentwurf erarbeitet. Demnach sollen Personen ab 18 Jahren ein Recht auf assistierten Suizid bekommen, wenn bei ihnen von einem Arzt eine fortgeschrittene unheilbare Krankheit oder ein neurodegenerativer Zustand diagnostiziert wurde und der Patient im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist. Die katholischen Bischöfe in Queensland haben unterdessen den 17. Oktober zum ersten Aktionstag gegen Sterbehilfe erklärt und wollen weitere Protestaktionen folgen lassen. Die vatikanische Glaubenskongregation hatte erst im Jahr 2020 ein päpstliches Schreiben zum Thema Lebensende veröffentlicht, das für Palliativmedizin statt Sterbehilfe wirbt. Hintergrund des Schreibens war laut Vatikan die Sorge vor immer liberaler werdenden Bestimmungen bei assistiertem Suizid in Australien, aber auch in anderen Ländern der westlichen Welt. (*Vatican News*, 14.10.21)

(5564) **Perth.** Immer mehr australische Bundesstaaten verpflichten Priester per Gesetz zur Mithilfe bei der Aufklärung von Missbrauchsfällen und anderen Verbrechen, auch wenn religiöse Vorschriften dem entgegenstehen. Nach Südaustralien, Victoria, Tasmanien, dem Stadtstaat Canberra und zuletzt im Juli Queensland hat nun auch Westaustralien ein solches Gesetz beschlossen - gegen den erbitterten Widerstand des Erzbischofs von Perth, der durch den "Bruch des Beichtgeheimnisses" eine „wesentliche Dimension der Ausübung des katholischen Glaubens durch Priester kriminalisiert“ sieht. Nichtkatholische Politiker wiesen dies zurück und betonten, dass das Verschweigen einer Mitwisserschaft bei einem Verbrechen schon immer ein strafbares Vergehen war und Katholiken keine Ausnahme für sich reklamieren könnten. Die Abschaffung des Beichtgeheimnisses war eine der 189 Empfehlungen, die die staatliche Missbrauchskommission in ihrem 2017 vorgelegten Abschlussbericht zum verbesserten Schutz von Kindern vor Missbrauch unterbreitet hatte. Zuvor hatten bereits Politiker aller Parteien die Abschaffung des Beichtgeheimnisses gefordert, darunter auch der damalige katholische Oppositionsführer und ehemalige Premierminister Tony Abbott. (*KNA*, 22.10.21)

### *Vereinte Nationen*

(5565) **New York.** Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird in fast der Hälfte aller Staaten stark eingeschränkt. In 99 Staaten sind derzeit Gesetze in Kraft, die

einen Religionswechsel oder einen Abfall vom Glauben bestrafen, insbesondere wenn dies durch Propaganda oder Werbung andersdenkender Gruppen geschieht. In zwölf mehrheitlich muslimisch geprägten Staaten (Afghanistan, Iran, Malaysia, Malediven, Mauretanien, Nigeria, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Vereinigte Arabische Emirate und Jemen) ist es rechtlich sogar möglich, Übertritte oder Glaubensabfall mit der Todesstrafe zu ahnden. In christlich dominierten Staaten sind direkte Strafandrohungen außerhalb Afrikas selten, doch wird oft sozialer Druck ausgeübt, um Menschen am Verlassen einer Religionsgemeinschaft zu hindern. Menschenrechtsgruppen verweisen in diesem Zusammenhang auf Artikel 18 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (UN-Charta), wo es u.a. heißt: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung und Kulthandlungen zu bekennen“. (UN-Fachausschussbericht zur Religionsfreiheit, undatiert; *Vatican News*, 19.10.21)